

Avanti ²

ISO Rhein-Neckar



Protest gegen Abbau bei Freudenberg am 27.04.2017 in Weinheim.

Foto: Avanti?

Abbau bei Freudenberg?

Beschäftigte beleben die Einweihung der Weinheimer Langmaasbrücke

K. W.

Weinheims Oberbürgermeister Heiner Bernhard und Erster Bürgermeister Torsten Fetzner waren am 27. April 2017 zur Einweihung der neuen, auf das Freudenberg-Firmengelände führenden Fußgängerbrücke ge-

kommen. Im Beisein der regionalen Presse wollten sie als Erste mit dem Rad das Bauwerk überqueren und offiziell einweihen.

Zu ihrer Überraschung wurden sie von rund 200 Freuden-

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer naht – und die Attacken des Kapitals auf die Existenz und die Rechte der arbeitenden Klasse im Rhein-Neckar-Dreieck gehen weiter.

In der vorliegenden *Avanti*² informieren wir deshalb erneut über den geplanten Abbau bei Freudenberg.

Angriffe wie diese sind für uns ein Grund mehr, sich wieder mit den Vorschlägen von Karl Marx zur Bekämpfung des Kapitalismus zu beschäftigen.

Wir blicken zudem nicht nur auf den 1. Mai 2017, sondern noch viel weiter auf das russische Revolutionsjahr 1917 zurück.

Wir hoffen auf Euer Interesse an diesen Themen!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	THEORIE
01 FREUDENBERG Protest oder Widerstand?	05 KAPITALISMUS Überwindung durch Klassenkampf (Teil II)
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	GESCHICHTE
03 ERSTER MAI (I) Impressionen	07 1917 Die Bauernfrage im Zentrum?
04 ERSTER MAI (II) Angst vor kurdischen Fahnen?	RÜCKBLENDE / TERMINE
	08 PLAKATAKTION Unser Leben ist mehr wert als Ihre Profite
	08 Termine

Fortsetzung von Seite 1

berg-Beschäftigten und KollegInnen aus anderen Betrieben der Region empfangen, die den Politikern den Weg versperrten. Sie nutzten die Einweihung, um gegen den von der Konzernleitung beabsichtigten Personalabbau bei Freudenberg Performance Materials (FPM) und bei Freudenberg Filtration Technology (FFT) zu protestieren. Mit Trillerpfeifen und Sprechchören sowie mit Plakaten und Spruchbändern verschafften sie ihrer Empörung über das Management Ausdruck.

Der BR-Vorsitzende von FPM, Christian Schütz, der zuständige Bezirkssekretär der IG BCE aus Mannheim, Oliver Oster, sowie der Vorsitzende der Ortsgruppe Weinheim der IG BCE, Helmut Schmitt, machten in ihren Ansprachen deutlich, dass die geplante Schließung der Logistik und die weitere Verlagerung von Produktion nicht länger widerstandslos hingenommen würden.

Die Komplettschließung der FPM Logistics träfe 180 Beschäftigte. Würden Teile, wie zum Beispiel das Schneidzentrum, innerhalb der Freudenberg Gruppe in Weinheim weitergeführt, würden trotzdem noch 110 Arbeitsplätze vernichtet.

Könnte sich das Management mit seinen weiteren Abbauplänen durchsetzen, würden zusätzlich bei FPM Apparel rund 50 Kolleginnen und Kollegen ihre Stellen verlieren.

Die beabsichtigte Schließung der FPM Logistic muß im Zusammenhang mit der geplanten Verlagerung von mehr als der Hälfte der Fertigung bei FFT gesehen werden. Bei FFT sind dadurch etwa 70 Arbeitsplätze in Produktion und in produktionsnahen Bereichen betroffen.

Für die Betriebsräte handelt es sich um eine von oben, von der Konzernleitung geplante konzertierte Aktion. Damit sollen „Kosten“ auf dem Rücken der Beschäftigten eingespart werden.

Abbau trotz Rekordgewinnen?

Die geplanten Abbau-Maßnahmen fallen in eine Zeit, in der die Auftragsbücher voll sind und das Konzernergebnis im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt worden ist. Trotzdem sollen weitere Arbeitsplätze vernichtet werden. Dies mache für die Betriebsräte deutlich, dass es Freudenberg vor allem um Profitmaximierung gehe. Dies wollten sie aber nicht mehr länger akzeptieren.

Noch in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts haben bei Freudenberg in Weinheim weit über 12.000 ArbeiterInnen und Angestellte gearbeitet. Heute sind dort noch nicht einmal mehr 5.000 Menschen beschäftigt. Dies bedeutet einen dramatischen Arbeitsplatzverlust für Weinheim und die Region.

Die protestierenden Beschäftigten und der Vertreter der IG BCE Weinheim forderten die Rücknahme der Schließungs- und Verlagerungspläne. Sie machten deutlich: Unsere Arbeitsplätze und unser Leben sind mehr wert als die Freudenberg-Profit!

Der Oberbürgermeister wurde aufgefordert, sich mit den von Entlassungen bedrohten Beschäftigten zu solidarisieren und sich stärker für die Erhaltung der Stellen in Weinheim einzusetzen. Diese Verpflichtung ergebe sich nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen für die Stadt Weinheim, sondern auch aus der Verpflichtung durch den Grundgesetz-Artikel 14, Absatz 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

OB Bernhard wies auf seine beschränkten Einfluss-Möglichkeiten hin. Er versprach aber, die Konzernverantwortlichen in dieser Angelegenheit zu kontaktieren und zu schauen, was machbar ist.

Ein Auftakt für weitere Proteste?

Illusionen in die Aussagen des Oberbürgermeisters hatte wohl kaum jemand. Die Beteiligten an der Aktion waren sich einig, dass diese der Auftakt für weitere Gegenwehr sein müsse. Nur so könnten die Pläne der Konzernleitung von Freudenberg durchkreuzt und der geplante Personalabbau verhindert werden.

Es müsse zweigleisig verfahren werden. Öffentlich wirksame Proteste wie zum Beispiel anlässlich der Brückeneinweihung müssten von direkten betrieblichen Aktionen begleitet werden, welche die Konzernleitung unter Druck setzen.

Ausdrücklich begrüßt wurde die Unterstützung durch das „Überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar“. Es hatte kurzfristig einige Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Betrieben der Region zur Unterstützung der Freudenberg-Beschäftigten mobilisiert. Der BR-Vorsitzende von FPM, Christian Schütz, wies in diesem Zusammenhang auf die gemeinsame Betroffenheit aller Betriebe hin, in denen rationalisiert, abgebaut oder verlagert werde. Die Solidarität der Beschäftigten sei die wichtigste Waffe gegen die Spaltungsmethoden des Kapitals. ■



Unterstützung durch das Überbetriebliche Solidaritätskomitee am 27.04.2017 in Weinheim.

Impressionen vom 1. Mai 2017 in Mannheim



Spitze der 1. Mai-Demo erstmals ohne PolitikerInnen.



Demo-LKW der Gewerkschaftsjugend.



GE-Kollegen und Unterstützer.



Kundgebung auf dem Marktplatz.



KollegInnen aus dem Gesundheitsbereich für bessere Arbeitsbedingungen.



Dem Regen und den Entlassungen trotzen.

Foto: Rosa Secher.

Das kurdische Flaggenverbot, der DGB, und die Ausladung des kurdischen Vereins*

ROLAND SCHUSTER

Die diesjährige Mai-Demonstration und Mai-Kundgebung waren ein Erfolg. Und trotzdem gab es großes Ärgernis, über das man nicht einfach hinweggehen sollte.

In einer Pressemitteilung, über die auch der *Mannheimer Morgen* berichtete, und in einem bei der Mai-Kundgebung des DGB verteilten Flugblatt wenden sich das kurdische Gemeinschaftszentrum Mannheim/Ludwigshafen und einige andere kurdische und linke türkische Organisationen gegen die Haltung des Mannheimer DGB.

Entgegen den Vorjahren wurde dem kurdischen Verein in diesem Jahr auf dem Marktplatz, dem Kundgebungsplatz der Maifeier, kein Platz für einen Imbiss-Stand zur Verfügung gestellt.

Begründet wurde das Vorgehen von Seiten der verantwortlichen Personen des DGB mit den Problemen, die Mitglieder des Vereins im letzten Jahr bereitet hätten. Drei Flaggen mit dem Konterfei des PKK-Führers Abdullah Öcalan sind damals während der Mai-Demo gezeigt worden. Der polizeiliche Einsatzleiter hat mit einem Einsatz gedroht und den Beginn der Demonstration um eine halbe Stunde verzögert. Am Imbiss-Stand war zeitweise ebenfalls eine Öcalan-Fahne zu sehen. Ein DGB-Ordner, der sich berufen sah, die polizeilichen Auflagen umzusetzen, verlangte das Abhängen der Fahne. Dies sei erst nach mehrmaligen Ermah-

nen und nur widerwillig geschehen.

Die entstandenen Probleme wurden und werden „den Kurden“ angehängt.

Schuld ist immer der Gärtner – sind also die Kurden auch Schuld?

Eigentlich mag es ja läppisch erscheinen, dass sich der Konflikt an einem Konterfei eines Mannes ergibt, der seit 1999 im Hochsicherheitstrakt gefangen gehalten wird. Warum darf man dieses Gesicht nicht zeigen?

Höhere Politik?

Aber hier geht es um höhere Politik.

Es gibt das sog. PKK-Verbot seit 1993. Dieses „Betätigungsverbot“ für Anliegen der PKK schließt das Zeigen von mittlerweile 60 Fahnen und Symbolen des kurdischen Widerstands ein. Auch das Zeigen des Bildes von Öcalan fällt unter dies Verbot. Öcalan ist für viele, wahrscheinlich für die meisten, Kurden ein großes Symbol des Widerstandes. Am 2. März dieses Jahres wurde dieses Verbot nochmal verschärft und ausgeweitet. Kenner der Materie sagen zu Recht, dass dieses Verbot einem allgemeinen politischen Betätigungsverbot für Kurden gleichkommt.

Dieses Verbot ist skandalös, da es die

bekanntermaßen undemokratische und kurdenfeindliche Politik des türkischen Staatspräsidenten Erdogan legitimiert.

Zur Durchsetzung des Flaggenverbots wurde, wie die polizeiliche Einsatzleitung unumwunden zugibt, ein großes Polizeiaufgebot von mindestens 12 Polizeitransportern bereitgehalten. Außerdem wollte die Polizei ein Zusammengehen von KurdInnen und Antifa verhindern. Da es für die Polizei zu keinen besonderen Zwischenfällen gekommen ist, war ein polizeilicher Einsatz nicht notwendig. Die kurdische Community hat im Vorfeld sehr darauf geachtet, dass keine Symbole gezeigt werden, die als Provokation gesehen werden könnten.

Und was macht der DGB?

Im Flugblatt des kurdischen Vereins heißt es:

„Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, auch des DGBs, an der Seite der Unterdrückten zu sein. Es ist absolut unakzeptabel, wenn die Gewerkschaften der Logik des Unterdrücker-Staats folgen und sich genauso verhalten würden.“

*[Aus: *Kommunalinfo Mannheim* vom 04. Mai 2017. Zwischenüberschrift: Redaktion *Avanti*?]



Kurdische AktivistInnen bewachen die türkisch-syrische Grenze bei Kobane im November 2014.

Foto: Photothèque Rouge/Chris Den Hond.

Ohne Klassenkampf keine Überwindung des Kapitalismus (Teil II)

O. H.

In *Avanti*² vom Mai 2017 haben wir den ersten Teil dieses Textes (zum „theoretischen Klassenkampf“) veröffentlicht. Hier folgt nun der zweite und letzte Teil zum „wirtschaftlichen“ und zum „politischen Klassenkampf“ aus der Sicht von Marx und Engels.

2. Der praktisch-ökonomische Klassenkampf

Der praktisch-ökonomische Klassenkampf des Proletariats richtet sich gegen die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie. Vorrangiges Ziel dieses Teils des Klassenkampfes ist die tatsächliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Massen schon vor dem Sieg der Revolution, also noch innerhalb des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft.

Wie die proletarische Partei für den politi-

schen Kampf, so ist die Gewerkschaft notwendig für den ökonomischen Kampf. Sie soll gleichzeitig Organisatorin und Schule des Klassenkampfes sein. Ihr Existenzrecht ist politisch mit der Koalitionsfreiheit durchgesetzt worden.

Der doppelte Zweck der gewerkschaftlichen Koalition liegt in der Aufhebung der Konkurrenz unter den ArbeiterInnen einerseits und der Schaffung einer allgemeinen Front gegen die KapitalistInnen andererseits.

Die Hauptaufgaben bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der ArbeiterInnen

waren (und sind) die Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere die Einführung des Achtstundentages, der Kampf um höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen - vor allem für Frauen und Kinder, für deren Arbeit ein Mindestalter gefordert wurde. Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie eine allgemeine Sozialgesetzgebung waren von Anfang an Kernthemen der Gewerkschaftsbewegung.

Marx und Engels bewerteten solche Regelungen als Fortschritte, obwohl das Proletariat oft viel weitergehende und vor allem viel



Marx-Monument in Chemnitz.

radikalere Forderungen erhoben hatte.

Marx und Engels kritisierten offen die meist nur langsam stattfindenden Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse. Sie ließen auch keinen Zweifel an der Unvollkommenheit fast aller Regelungen, die zumindest zum Teil aus der Furcht der Bourgeoisie vor dem Proletariat resultierten.

Die Hauptkampfform zur Durchsetzung von ökonomischen Forderungen ist der Streik, der die KapitalistInnen an ihrem schwächsten Punkt trifft – der Produktion selbst und ihrem Streben nach Profit.

3. Der politische Klassenkampf

Die dritte Form des proletarischen Klassenkampfes ist der politische Kampf. Er wird in erster Linie von proletarischen Parteien geführt, deren Aufbau und Existenz Marx und Engels zufolge von zentraler Bedeutung war (und ist).

Sie gingen davon aus, dass eine sozialistische Gesellschaft erst auf den fortschrittlichen wirtschaftlichen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft aufgebaut werden kann. Deshalb müsse es auch ein wichtiges Ziel proletarischer Parteien sein, gegen reaktionäre Tendenzen, Strömungen und Herrschaftsformen zu kämpfen.

Dies geschehe zusammen mit der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum, sofern diese gegen die absolute Monarchie und das feudale Grundeigentum auftreten.

Solange Presse- und Redefreiheit, Ko-

alitionsfreiheit oder allgemeines Wahlrecht noch nicht erkämpft worden sind, unterstütze die proletarische Partei grundsätzlich alle Bewegungen, um diese durchzusetzen.

Dabei sollen die Einzelheiten der Politik an die tatsächlichen Umstände in den jeweiligen Ländern angepasst werden. Jede proletarische Partei müsse sich national und international organisieren.

Wenn sich die bürgerliche Gesellschaft durchgesetzt hat, verändert sich der politische Kampf des Proletariats. Er geht über vom Kampf gegen vorbürgerliche Gesellschaftsformen zum Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft und ihre herrschenden Klasse selbst.

Die Forderung nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht dient der Ausbildung der ArbeiterInnen an der Waffe und soll die Fähigkeit zur Selbstorganisation und Selbstverteidigung ermöglichen.

Gleichwohl hat die proletarische Partei, parlamentarisch und außerparlamentarisch, offensiv den Kampf gegen den Krieg zu führen. Dieser besitzt einen Doppelcharakter als Herrschaftskrieg nach außen (gegen andere Staaten) und nach innen (zur Unterdrückung der arbeitenden Klasse). Krieg und Bürgerkrieg sind die letzten Mittel der herrschenden Klasse, um eine soziale Revolution zu verhindern.

Die Organisationen und Vereinigungen des Proletariats, insbesondere ihre Partei(en), sollen auch bei der Unterstützung

anderer (politischer) Parteien und Strömungen eine absolute Selbständigkeit behalten. Sie sollen sich jeder Vereinnahmung erwehren und der Anpassung an den Reformismus widersetzen.

Marx und Engels zufolge sind die SozialistInnen „praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil“ sowohl aller Parteien als auch des Proletariats in seiner großen Masse, weil sie „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“ hätten.

Auch deshalb sollten sich proletarische Parteien mit eigenen KandidatInnen an Wahlen beteiligen und damit Aufklärungsarbeit leisten. Ihre Arbeit im Parlament sollten sie zur Propagierung und zur Verbreitung der eigenen politischen und sozialen Ziele nutzen.

Eine Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung lehnten Marx und Engels ab, da der proletarischen Partei nicht nur wirkliche Gestaltungsmöglichkeiten fehlten, sondern sie zudem für alle Handlungen der gesamten Regierung verantwortlich gemacht würde.

Proletarische Parteien verteidigen nicht nur bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Rechte im Kapitalismus, sondern versuchen sie soweit als möglich auszubauen und für die Stärkung der ArbeiterInnenbewegung und die Überwindung des Kapitalismus zu nützen. ■



Leider immer noch geschlossen, Chemnitz im Februar 2017.

Foto: Avanti?.

Russland 1917

Die Bauern und die Revolution

MANUEL KELLNER

Eine der vielen Lügen der Stalinschen Fälscherschule ist die Behauptung gewesen, Trotzki habe die „Bauernfrage“ unterschätzt. In Wirklichkeit steht in Trotzki's Schrift *Ergebnisse und Perspektiven (der russischen Revolution nach 1905)* das Gegenteil.

Schon 1906 war es Trotzki's Meinung nach entscheidend, die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu lösen. In deren Mittelpunkt stand die Agrarreform, das heißt die Befreiung der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit aus den halbfeudalen Verhältnissen Russlands.

Welche der beiden völlig entgegengesetzten Gesellschaftsklassen konnte diese Frage lösen und den Bauern das Land geben? Aus Trotzki's wie aus Lenins Sicht war das russische Bürgertum dazu nicht in der Lage. Das Proletariat, die ArbeiterInnenklasse, konnte und musste dieses Problem im Bündnis mit der Bauernschaft lösen.

Im Gegensatz zu Lenins Position bis April 1917 war Trotzki allerdings außerdem der Meinung, dass die ArbeiterInnenklasse zusammen mit den ärmsten Schichten der Bauernschaft dafür die politische Macht erobern musste. Ferner hatte sie einen – nationalen wie internationalen – Prozess der „permanenten Revolution“ auszulösen. Dazu sollten auch erste „sozialistische Maßnahmen“ im eigenen Interesse gehören.

Umgekehrt würde die russische ArbeiterInnenklasse die politische Macht niemals erobern können, ohne sich auf die bäuerliche Bevölkerungsmehrheit und deren Kampf gegen Großgrundbesitzer, Kirchen- und Klostereigentum zu stützen.

Agrarfrage – Fundament der Revolution

Das Kapitel über „Die Bauernschaft“ in Trotzki's *Geschichte der russischen Revolution* beginnt mit dem Satz: „Das Fundament der Revolution bildete die Agrarfrage“. Nach der Februarrevolution 1905 war es auf dem Lande zunächst verhältnismäßig ruhig geblieben. Die jungen Männer waren als Soldaten an der Front, die älteren erinnerten sich an furchtbare Strafexpeditionen. Doch ab März zeigten

sich die ersten Erscheinungen eines Bauernkrieges.

Die bürgerlichen Kräfte und die ihnen beipflichtenden „gemäßigten“ SozialistInnen warnten davor, die Agrarfrage zu schnell aufzuwerfen – aus Angst davor, die Bauernbewegung könnte aus dem Ruder laufen.

Erste handfeste Konflikte ergaben sich daraus, dass die Gutsbesitzer die Frühjahrsaussaat zurückhielten – obwohl der Boden angesichts der schwierigen Ernährungslage nach Bebauung schrie. Außerdem begannen die Gutsbesitzer aus Angst vor Enteignungen, ihre Güter zu liquidieren, indem sie sie an reiche Bauern – Kulaken – verkauften, die ihrer Meinung nach eher vor Enteignungen verschont würden.

Die Formen, die der bäuerliche Kampf annahm, wurden im Lauf der Monate immer radikaler. Zu Anfang dominierte der Wunsch, die Konflikte nicht zuzuspitzen, sondern die Großgrundbesitzer durch Argumente und gute Worte zu

überzeugen.

Der allrussische Bauernkongress in Petrograd im Mai 1917 drückte noch die gemäßigten Stimmungen aus. Wie meist bei repräsentativen Körperschaften blieb er hinter dem sich rasant entwickelnden Bewusstsein an der Basis zurück. Der rechte Flügel der Sozialrevolutionäre gab dort den Ton an.

Trotzdem forderte dieser Kongress immerhin: „Übergang des gesamten Bodens in den Besitz des Volkes zur ausgleichenden werktätigen Benutzung ohne jegliche Ablösung.“ Diese Formel bedeutete für die Großbauern ihre Gleichstellung mit den Großgrundbesitzern. Von den kleinen Bauernfamilien und den LandarbeiterInnen wurde sie aber radikal demokratisch interpretiert. Dieses „kleine Missverständnis“, kommentiert Trotzki, würde sich erst in „der Zukunft“ auflösen. Ohne dies wäre der Oktoberumsturz nicht denkbar gewesen. ■



Russische Bauern in Kopyle bei Kolki ca. 1916.

Foto: Austrian National Library; Public Domain.

„Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!“

H. N.

Mit einer Plakataktion haben wir am 1. Mai in Mannheim die Parole „Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!“ durch wesentliche Forderungen gegen die Angriffe des Kapitals ergänzt und konkretisiert.

Die Brutalität von Konzernen wie General Electric zeigt deutlich auf, wie dringend eine strategische Neuausrichtung des gewerkschaftlichen, betrieblichen und politischen Widerstands ist. ■

Plakat der ISO / IV. Internationale Rhein-Neckar am 01.05.2017 in Mannheim.



Foto: Avantif.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de



TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 01.06.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 03.06.2017, 15:00 Uhr, „Stoppen wir die Rechten und das Kapital!“, Zentrale ISO-Veranstaltung (mit Olivier Besancenot u.a.), Köln (Mitfahrgelegenheiten ab MA)
- DI, 06.06.2016, 19:00 Uhr, „NATO-Ost-Erweiterung: Kriegsgefahr oder friedliche Alternative?“, Bürgerhaus Neckarstadt-West, Lutherstr. 17-19, MA,
- FR, 23.06.2017, 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung zu aktuellem Thema, MA
- DO, 29.06.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA